

Harte Verhandlungen erwartet

Am 26. Oktober beginnen in Potsdam die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder. In der letzten Tarifrunde, im Oktober/November 2021, haben die Gewerkschaften ein Einkommensplus von 2,8 Prozent durchsetzen können. Nach einer Nullrunde von 14 Monaten, in der die aktiv Beschäftigten lediglich eine einmalige Coronaprämie von 1 300 Euro netto bekommen haben. Die Versorgungsempfänger blieben bei der Prämie sogar außen vor. Dass der Tarifabschluss nicht höher ausgefallen ist, lag vor allem an der damals wütenden Coronaepidemie. Viele Kolleginnen und Kollegen auf die Straße zu bringen, um die Arbeitgeber zu einem höheren Abschluss zu zwingen, war kaum möglich. Das ist jetzt anders! Diesmal ist deutlich mehr drin! Damit das auch klappt, haben die GdP und die anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes schon jetzt damit begonnen, ihre Mitglieder für die Tarifverhandlungen zu mobilisieren. Denn je mehr Mitglieder sich an der Tarifausgestaltung beteiligen, umso höher fällt der Abschluss aus.

Entscheidend für den Erfolg bei den Tarifverhandlungen ist die Forderung, mit der die Gewerkschaften Ende Oktober den Arbeitgebern gegenüber treten werden. Sie muss nicht nur durchsetzbar sein, sondern auch mobilisierungsfähig, damit sich möglichst viele Beschäftigte an den geplanten Aktionen beteiligen. Denn nur ein breiter Protest macht bei den Arbeitgebern wirklich Eindruck.

Forderungen der GdP

Wie die Tarifforderung im Detail aussieht, wird zurzeit noch zwischen den beteiligten Gewerkschaften diskutiert. Das Ziel steht allerdings fest: Der Abschluss muss hoch genug sein, um nicht nur einen Inflationsausgleich zu erreichen, sondern er muss auch die Gehälter für die Beschäftigten der Länder so anheben, dass sie anderen Branchen gegenüber wieder wettbewerbsfähig werden. Und er muss gewährleisten, dass die immer größer werdende Lücke zu den Beschäftigten beim Bund und den Kommunen wieder geschlossen wird!

Anfang März dieses Jahres waren die Gehälter dort nach einem Schlichterspruch um einen Sockelbetrag von 200 Euro angehoben worden. Auf die so gestiegenen Gehälter gab

Eigener Tarifvertrag für die Länder

Seit 2006 werden die Beschäftigten der Länder nach einem eigenen Tarifvertrag bezahlt, dem TV-L (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder). Der TV-L hat den Bundesangestellten-Tarifvertrag (BAT) abgelöst, der auch für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen galt. Bislang wurden die Entgelte des TV-L acht Mal erhöht.

Tarifabschluss	Erhöhung	Zeitpunkt	Besonderheit
2006	2,9 Prozent	01.01.2008	bis dahin Sonderzahlungen
2009	40 Euro Sockelbetrag	01.01.2009	
	3,0 Prozent	01.03.2009	
	1,2 Prozent	01.03.2010	
2011	1,5 Prozent	01.04.2011	360 Euro Sonderzahlungen für 5 Lehrmonate
	1,9 Prozent	01.01.2012	
2013	2,65 Prozent	01.01.2013	Erhöhung Urlaubsanspruch auf 30 Tage
	2,95 Prozent	01.01.2014	
2015	2,1 Prozent	01.03.2015	Erhöhung Arbeitnehmeranteil VBL
	2,3 Prozent	01.03.2016	
2017	2,0 Prozent	01.01.2017	bis EG 11/1 mind. 75 Euro; zusätzliche Erfahrungsstufe 6 ab EG 9
	2,35 Prozent	01.01.2018	
2019	3,01 Prozent		mind. 100 Euro
	3,12 Prozent		mind. 90 Euro
	1,29 Prozent		mind. 50 Euro
2021	2,8 Prozent	01.12.2022	14 Monate Nullrunde 1300 Euro Corona-Sonderzahlung



es anschließend weitere 5,5 Prozent obendrauf. Zudem wurde vereinbart, dass jeder Beschäftigte mindestens 340 Euro je Monat mehr bekommt. Eine soziale Komponente, mit der sichergestellt wird, dass die Bezieher niedriger Einkommen, die besonders unter der hohen Inflation leiden, einen Ausgleich erhalten. Für alle Beschäftigten gab es zudem eine Inflationsausgleichszahlung in Höhe von insgesamt 3 000 Euro.

Nach Berechnungen der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di stiegen die Einkommen der Beschäftigten insgesamt um rund 11 Prozent. Das ist der höchste Abschluss, der seit vielen Jahren im öffentlichen Dienst erzielt worden ist – trotz der langen Laufzeit von 24 Monaten. Für die GdP ist der Tarifabschluss mit dem Bund und den Kommunen (TV-L) deshalb eine Blaupause für das, was bei den Verhandlungen mit den Ländern mindestens durchgesetzt werden muss. Darunter geht es nicht! Denn ein Vergleich der Tabellenentgelte der Länder gegenüber dem Bund und den Kommunen ergibt eine Einkommensdifferenz von oft mehr als zwölf Prozent.

Mit welchen weiteren Forderungen die GdP in die Tarifforderungen gehen wird, wird Mitte September bei den Beratungen der Bun-

destarifikommission entschieden. Anschließend müssen die Forderungen mit denen der anderen an den Verhandlungen beteiligten Gewerkschaften – ver.di, GEW und Beamtenbund – abgeglichen werden, um sie dann Ende Oktober öffentlich zu präsentieren.

Massiver Widerstand der Arbeitgeber zu erwarten

Wenn der öffentliche Dienst als Arbeitgeber überhaupt noch eine Zukunft haben soll, führt an einem deutlichen Einkommensplus kein Weg vorbei. Das wissen auch die Politiker, die in Potsdam mit am Verhandlungstisch sitzen werden. Trotzdem deutet schon jetzt vieles darauf hin, dass es in diesem Jahr zu besonders harten Tarifaueinandersetzungen kommen wird. Die Arbeitgeber werden sich erfahrungsgemäß erst einmal weigern, überhaupt ein Tarifangebot auf den Tisch zu legen. Sie werden keine Chance ungenutzt lassen, um auf die aktuell nicht mehr so stark steigenden Steuereinnahmen zu verweisen. Nicht, dass die Länder mit weniger Steuern auskommen müssen – das Gegenteil ist der Fall! Auch wenn der Zuwachs gerin-

ger ausfallen sollte, als vor einem halben Jahr noch gedacht: Allein in NRW stehen im kommenden Jahr sieben Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Und sie werden keine Chance ungenutzt lassen, um auf die Kosten des Ukraine-Kriegs, die Belastungen durch den Klimawandel und die schwierige Konjunkturlage hinzuweisen. Für die eigenen Beschäftigten bleibe da leider nichts mehr übrig, werden sie erklären. Ob sie damit durchkommen, hängt von uns allen ab. Nur wenn es uns gemeinsam gelingt, möglichst viele von uns für die geplanten Aktionen auf die Straße zu bringen, erreichen wir einen guten Tarifabschluss! Verhandelt wird der Tarifvertrag für die Beschäftigten der Länder (TV-L) in Potsdam. Er gilt abgesehen von Hessen für alle Bundesländer. Verhandlungsführer für die Gewerkschaften ist der ver.di-Bundesvorsitzende Frank Wernicke. Neben ver.di sitzen auch Vertreter der GEW und der GdP sowie des Deutschen Beamtenbundes mit am Tisch.

Vereinbart wurden im Vorfeld drei Verhandlungsrunden: 26. Oktober, 2./3. November und 7./8. Dezember. Kommt es dort nicht zu einer Einigung, könnte es zu einem Erzwingungsstreik kommen. ■

Streiks könnten diesmal unvermeidbar sein



Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst laufen anders ab als in der privaten Wirtschaft. Meist werden im Vorfeld drei Verhandlungsrunden vereinbart, und dann steht das Ergebnis. Auch ohne große, flächendeckende Streiks. Manchmal, wie in der letzten Tarifrunde für die Länder, ist das Ergebnis deutlich zu schlecht. Aber es hat in der jüngsten Zeit auch Abschlüsse gegeben, bei denen der öffentliche Dienst im Vergleich zu anderen Branchen aufgeholt hat.

Diesmal deuten die Vorzeichen in eine andere Richtung. Diesmal mehren sich bereits vor Beginn der eigentlichen Tarifrunde die Hinweise, dass die öffentlichen Arbeitgeber ihren Beschäftigten kein faires Lohnangebot anbieten werden. Deshalb ist es gut, dass in den Polizeibehörden vor Ort schon jetzt darüber diskutiert wird, wie die Beschäftigten bei der Polizei die anstehende Tarifaueinandersetzung mit den Ländern durch gezielte Aktionen aktiv unterstützen können. Streiks gehören dabei ausdrücklich dazu. Auch bei der Polizei. Auch dann, wenn Polizistinnen und Polizisten nicht streiken dürfen. Aber die Tarifbeschäftigten dürfen das. Und die Beamtinnen und Beamten können die Streiks bei der Polizei durch vielfältige, kreative Aktionen tatkräftig unterstützen. Durch Aktionen, die über das, was wir bisher immer

machen – von der Aktiven Mittagspause bis zur Großdemonstration –, deutlich hinausgehen.

Ob und wann es im Herbst zu Arbeitskämpfmaßnahmen im öffentlichen Dienst kommen wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch niemand sagen. Die Verhandlungen haben ja noch nicht einmal begonnen. Aber wer den Politikern zuhört, spürt, dass es ohne den Druck der Straße diesmal nicht zu einem ordentlichen Abschluss kommen wird.

In der Polizei bemühen wir uns immer, vor die Lage zu kommen. Das muss auch für die Tarifrunde gelten!

Deshalb wird es Zeit, dass wir uns genau überlegen, wie wir durch kreative, vielfältige Aktionen den Druck auf die Politiker erhöhen, im Herbst ein gutes Tarifangebot auf den Tisch zu legen. Und wir müssen schon jetzt damit beginnen, möglichst viele Kolleginnen und Kollegen dafür zu gewinnen, sich selber aktiv an den Aktionen zu beteiligen.

Es ist Zeit zum Handeln! Es ist Zeit, uns gemeinsam für ein deutliches Einkommensplus starkzumachen! Auch auf der Straße!

Michael Mertens
Landesvorsitzender



Hausaufgaben für den Innenminister

„Die ständigen Diskussionen um die Bodycam, die teils seit Jahrzehnten nicht erhöhten Zuschläge und die überlange Wochenarbeitszeit, vakante Behördenleitungen: Bei wichtigen Polizeithemen verharren Landesregierung und Innenminister im Ungefähren – das kann nicht so bleiben!“ Mit einem kurz vor Ende der Parlamentarischen Sommerpause veröffentlichten Weckruf hat GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens die Politiker aufgefordert, endlich ihrer Verantwortung für die Polizei gerecht zu werden. Die Kernforderungen der GdP lauten:

Nach jedem kritischen Einsatz wird von der Politik und Teilen der Medien nach Bildern der Bodycam gerufen. Dabei wurden die Kameras seinerzeit nicht zur Beweissicherung angeschafft – sondern ausdrücklich

wegen ihrer deeskalierenden Wirkung in Konfliktsituationen. Das Einschalten liegt im Ermessen der Beamten. „Wenn der Minister das ändern will, muss er klipp und klar sagen, in welchen Situationen die Kameras laufen sollen“, betont Mertens. „Dafür muss dann auch eine Rechtsgrundlage geschaffen werden.“

Das Zulagensystem bei der Polizei ist völlig aus der Zeit gefallen. Der Zuschlag für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) in der Nacht zum Beispiel wurde seit 1992 nicht mehr angepasst und liegt seitdem unverändert bei 1,28 Euro/Stunde. In einem Schreiben hat das Innenministerium der GdP mitgeteilt, dass man hier Handlungsbedarf sehe. „Den Worten müssen jetzt Taten folgen“, drängt der GdP-Vorsitzende. „Die Zeit des Unbestimmten, auf die sich der Innen-

minister gerne zurückzieht, muss endlich ein Ende haben!“ Das gilt auch für die seit Jahrzehnten eingefrorene Polizeizulage und für die Abschaffung der 41-Stunden-Woche.

Mit Düsseldorf, Gelsenkirchen und Oberhausen ist die Leitung von drei Großstadtpräsidien aktuell vakant oder nur provisorisch besetzt – und zum Teil seit über einem Jahr. „Hier wird fahrlässig ein verheerender Eindruck provoziert: dass Polizeipräsidentinnen und -präsidenten nicht so wichtig seien“, klagt Mertens. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall!: Die GdP drängt deshalb nicht nur auf eine zügige Nachbesetzung der freien Stellen, sondern auch auf eine vorausschauende Personalpolitik. Denn mit Köln, Aachen und Mönchengladbach werden noch in diesem Jahr weitere Polizeipräsidenten ausscheiden. ■

Polizei drohen harte Einschnitte

Im kommenden Jahr will das Land 7,2 Milliarden Euro mehr ausgeben. Trotzdem stehen in vielen Bereichen harte Einschnitte bevor – auch bei der Polizei. Das zeigt ein Blick in den Anfang August veröffentlichten Haushaltsentwurf für 2024. Danach stehen der Polizei im kommenden Jahr gerade einmal neun Millionen Euro mehr für Personalausgaben zur Verfügung. Der entsprechende Etat steigt von 3,015 Milliarden Euro auf gerade einmal 3,024 Milliarden Euro. Zieht man davon die Kosten für die Übernahme der zusätzlichen Kommissaranwärterinnen und -anwärter ab (plus 1.126 Stellen), bleibt für strukturelle Verbesserungen bei der Polizei kaum etwas übrig. Ganz zu schweigen von den Kosten der im Herbst beginnenden Tarifrunde. Noch dramatischer sieht die Situation bei den Sachmitteln aus. Hier muss die Polizei im kommenden Jahr sechs Millionen Euro einsparen. Nimmt man den Kaufkraftverlust von aktuell 6,2 Prozent (Juli 2023) hinzu, kommen netto weitere 64 Millionen Euro hinzu.

Bereits Anfang Juli hatte Innenminister Herbert Reul (CDU) deshalb in einem an die Behörden verschickten Brandbrief da-

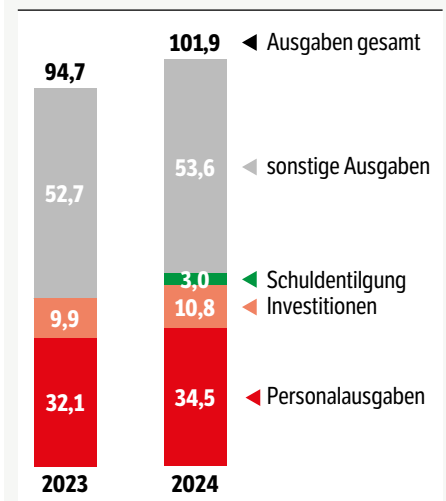
von gesprochen, dass die Steuereinnahmen des Landes im Vergleich zur letzten Steuerschätzung um 610 Millionen Euro gesunken seien. Alle Ressorts müssten Einsparungen vornehmen – auch die Polizei, warnte er. Damit die Polizei trotzdem ihre Kernaufgaben weiter wahrnehmen könne, würde das Haushalts-Controlling im Innenministerium weiter ausgebaut werden, kündigte Reul an. Auf Deutsch: Aufgaben, die nicht unbedingt erforderlich sind, könnten auch wegfallen, einzelne Etatposten reduziert werden.

Im jetzt veröffentlichten Haushaltsentwurf werden dazu erste konkrete Zahlen genannt. Bei der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV) will das Land 3,2 Millionen Euro sparen – trotz steigender Studierendenzahl. Bei der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) sind es 980 000 Euro, bei den Aus- und Fortbildungseinrichtungen im Bereich des Innenministeriums 2,34 Millionen Euro.

Ob es tatsächlich so weit kommt, hängt vom Willen der Landtagsabgeordneten ab, der Polizei in NRW auch in Zukunft die Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie für ihre

7,2 Milliarden Euro mehr

101,9 Milliarden Euro will die Landesregierung im kommenden Jahr ausgeben. Das sind 7,2 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr. Drei Milliarden Euro davon sind für die Schuldentilgung vorgesehen, 2,4 Milliarden Euro für zusätzliche Personalausgaben.



Angaben in Milliarden Euro
Quelle: Finanzministerium NRW,
Haushaltsplanentwurf 2024



Arbeit braucht. Die GdP rechnet in jedem Fall mit harten Auseinandersetzungen. ■



3 000 Anwärter – so viel wie noch nie!

Am 1. September haben in NRW 3 000 Kommissaranwärterinnen und -anwärter ihr Bachelorstudium bei der Polizei begonnen. So viel wie noch nie! Damit steigen die Chancen, dass in den kommenden Jahren die immer wieder von der Politik versprochene Verstärkung tatsächlich in den Dienststellen vor Ort ankommt. Bis es so weit ist, ist es trotzdem noch ein längerer Weg. Denn nach wie vor brechen 20 Prozent der neu eingestellten Kommissaranwärterinnen und -anwärter ihre Ausbildung vorzeitig ab.

Dass in diesem Jahr zum ersten Mal in NRW 3 000 Nachwuchspolizisten eingestellt worden sind, ist trotzdem ein großer Erfolg. Dafür hat die GdP lange gekämpft! Zur Erinnerung: Weil das Land angeblich vor dem finanziellen Ruin stand, hat 2004 die damalige rot-grüne Landesregierung die Einstellungszahlen bei der Polizei mehr als halbiert, von 1 090 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern auf nur noch 500. Auch ein 2005 erfolgter Regierungswechsel zu Schwarz-Gelb hatte daran zunächst nichts geändert. Erst ab 2008 sind die Einstellungszahlen bei der Polizei wieder nach oben gegangen. Erst auf 1 100 Anwärter, dann nach einem erneuten Regierungswechsel zurück zu Rot-Grün im Jahr 2011 auf 1 400, ab 2015 sogar auf 1 900. 2017, nach einem nochmaligen Regierungswechsel zur CDU/FDP, wa-

ren es 2 300 Anwärter, im vergangenen Jahr 2 670.

Dass von den zusätzlichen Einstellungen trotzdem vor Ort nur wenig angekommen ist, liegt daran, dass parallel mit den steigenden Einstellungen auch die Zahl der Pensionierungen stark gestiegen ist. Zudem hat sich die Abbrecherquote bei der Polizei mehr als verdoppelt, von ursprünglich acht auf inzwischen 20 Prozent.

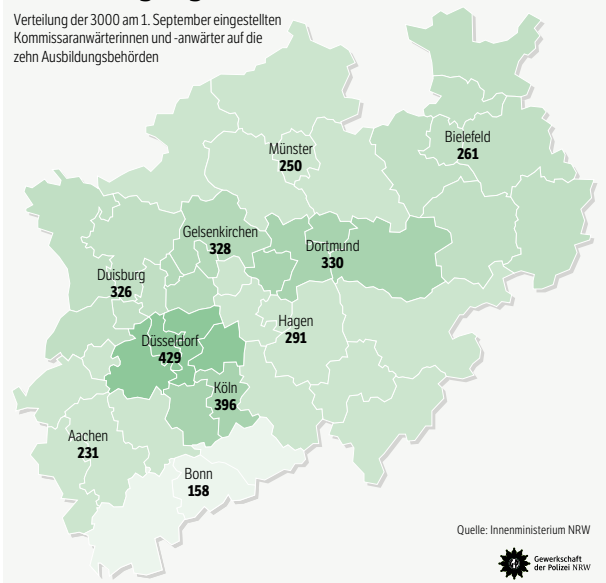
Neues Werbekonzept greift

Trotzdem steht und fällt die versprochene Verstärkung der Polizei mit der Erhöhung der Einstellungszahlen. Dass es in diesem Jahr erstmals gelungen ist, tatsächlich 3 000 junge Menschen zu gewinnen, die nicht nur an einem Berufseinstieg bei der Polizei interessiert sind, sondern auch alle dafür erforderlichen Qualifikationsmerkmale mitbringen, ist alles andere als selbstverständlich.

Dass es am Ende geklappt hat, ist den zahlreichen Änderungen im Bewerbungsverfahren zu verdanken – vom Abbau unnützer bürokratischer Hürden bis zur Verlängerung der Bewerbungsfrist. Vor allem aber: Ohne das große Engagement der zu-

Ausbildung in ganz NRW

Verteilung der 3000 am 1. September eingestellten Kommissaranwärterinnen und -anwärter auf die zehn Ausbildungsbehörden



ständigen Abteilung im LAFP hätte das alles nicht funktioniert.

Wichtig ist aber auch: Um die 3 000 Neueinstellungen zu erreichen, wurde das Einstellungsniveau in NRW nicht gesenkt. Am Ende aller Tests standen sogar mehr Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung, als es Stellen gibt.

Mehr Anstrengungen zur Senkung der Drop-out-Quote

Dennoch: Steigt die Abbrecherquote bei der Polizei weiter an, ist dieser Erfolg schnell wieder zunichtegemacht. Die GdP drängt deshalb darauf, dass die Hochschule und anderen Ausbildungsträger bei der Polizei jetzt auch die notwendigen Mittel erhalten, um die 3 000 neuen Kommissaranwärterinnen und -anwärter qualifiziert auszubilden. „Das sind wir den jungen Menschen schuldig, die jetzt ihr Berufsleben bei der Polizei beginnen“, betont Michael Maatz. Als stellvertretenden Landesvorsitzender sorgt er mit dafür, dass der Polizeinachwuchs gute Arbeits- und Lernbedingungen bekommt. ■

Neue Joker-Lösung unterstützt Studierende

Ab dem 1. September können viele Studierende ein wenig aufatmen, denn die langersehnte Joker-Lösung greift jetzt auch im Grundstudium. Das bedeutet im Klartext, dass ab diesem Zeitpunkt für bis zu zwei Modulprüfungen eine zweite Wiederholungsprüfung möglich ist. Und der Joker gilt nicht nur für Klausuren und Fachgespräche, sondern jetzt auch für die Aktenbearbeitung.

Für die GdP ist diese Entscheidung ein großer Erfolg, denn seit Jahren wird das Thema Joker von ihr eng begleitet: Viel zu lange wurde eine zweite Wiederholungsmöglichkeit nur im Hauptstudium ermöglicht und das auch

nur für Klausuren und Fachgespräche. Viele betroffene Studierende hätten aber bereits im Grundstudium die Möglichkeit einer zweiten Wiederholungsmöglichkeit dringend benötigt, weil zu diesem Zeitpunkt die Vielzahl an Prüfungen eine große Herausforderung mitbringt. Deshalb ist es richtig, den jungen Kolleginnen und Kollegen in Zukunft bereits zu Beginn ihres Studiums die Nutzung des Jokers zu ermöglichen, denn viele angehende Polizistinnen und Polizisten kämpfen zu Beginn ihres Studiums mit Schwierigkeiten, starten dann aber durch und können durchaus gute Polizisten werden.

Hinzu kommt, dass eine Drop-out-Quote von über 20 Prozent der Polizei wehtut. Das sind zu viele junge Kollegen, die uns während der Ausbildung wegbrechen und hinterher im Dienst fehlen.

Um die viel zu hohe Abbrecherquote zu senken, ist der Joker allerdings nur ein erster Schritt. Die Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV) muss jetzt auch das erforderliche Personal erhalten, um die 3 000 neuen KA auszubilden, ohne die Lehrgruppen weiter zu erhöhen und damit die Betreuung der Anwärter zu verschlechtern. ■



Personalrat und GdP erreichen mehr Geld für Sachverständige beim LKA

Hartnäckigkeit zahlt sich aus: Regelmäßig hat der Personalrat beim Landeskriminalamt seine Rechtsauffassung zur Eingruppierung der Sachverständigen gegenüber der Behörde zum Ausdruck gebracht. Mit Erfolg: Mit Unterstützung des PHPR und der GdP hat er jetzt eine bessere Eingruppierung für etwa 20 Sachverständige beim LKA erreicht – und damit mehr Geld.

Jeder Einzelfall wurde mit der Behörde erörtert, über Jahre wurden zahllose Gespräche geführt. „Letztendlich hatten wir die stärkeren Argumente“, berichtet Personalrat Daniel Baumann. Konkret geht es um die Eingruppierung in EG 13 statt EG 12 für Kolleginnen und Kollegen, die als Ingenieure beim LKA beschäftigt sind, und in EG 14 statt EG 13 für Kolleginnen und Kollegen, die als wissenschaftliche Mitarbeiter beschäftigt sind. Je nach Erfahrungsstufe geht es da rasch um brutto 100 oder 150 Euro im Monat mehr. Hochgerechnet aufs Jahr ist das Plus vierstellig.

Die Höhergruppierung erfolgte teilweise lange rückwirkend ab dem Zeitpunkt der Übertragung der Tätigkeit, in einem Fall sogar ab dem Jahr 2008. Aufgrund der Ausschlussfrist kann das Entgelt nur sechs Monate rückwirkend nach Antragstellung eingefordert werden, die Stufen-

laufzeit wird jedoch ab dem rückwirkenden Höhergruppierungszeitpunkt berechnet. Die Auswirkungen sind somit erheblich! In jedem Einzelfall wurden die jeweiligen Tätigkeitsmerkmale erörtert. Der Personalrat konnte sich in den Gesprächen auf zwei frühere Gerichtsentscheidungen stützen. Das stärkste Argument für eine Höhergruppierung: das weitreichende und hohe Maß der Verantwortung.

Die sachverständigen Gutachter und Gutachterinnen tragen in besonderer Weise Verantwortung, wenn von ihrer Entscheidung abhängt, ob ein Tatort freigegeben wird oder noch nicht. Oder wenn sie die Gutachten ihrer Behörde eigenverantwortlich vor Gericht vertreten. Das Gutachten wirkt sich regelmäßig auf die Entscheidungsfindung im Gerichtsverfahren aus. „Das gehört angemessen vergütet“, sagt Baumann.

Die Höhergruppierungen betreffen die meisten seit 2007 beim LKA bestellten Sachverständigen. In einigen wenigen Fällen standen sachliche Gründe dagegen. Das Thema begleitete der Personalrat beim LKA seit 2016. „Ein toller Erfolg für die Kolleginnen und Kollegen“, sagt auch die stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Jutta Jakobs. Nach der akribischen und zielgerichteten Argumentation des Personalrats sei die Höhergruppierung zwingend gewesen. Im Laufe der Diskussion wurde erkennbar, dass der örtliche Personalrat und die Behörde mit Unterstützung des PHPR gemeinsam nach einem tragbaren Kompromiss innerhalb des TV-L gesucht haben. „In Zeiten des Fachkräftemangels muss die Botschaft lauten: Gute Leute verdienen gutes Geld, gerade auch bei der Polizei“, meint Jakobs. ■

Erzwungener Wohnortwechsel verhindert

Wer sein Studium bei der Polizei beendet, kann eine Wunschbehörde angeben, in der er in Zukunft seinen Dienst versehen will. Aber nicht immer stimmen Wunsch und Wirklichkeit überein, weil die Nachwuchspolizistinnen und -polizisten oft an anderen Orten gebraucht werden, als sie sich das selber gewünscht haben.

Auch in diesem Jahr hat die Hauptjugendvertretung der Polizei (PHJAV) deshalb eine Tauschbörse gestartet. 180 Anträge sind eingegangen, 42 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern konnte am Ende ein Tauschpartner vermittelt werden. Dadurch wurden unter anderem Härtefälle wie ein erzwungener Wohnortwechsel über mehr

als 150 Kilometer Entfernung verhindert werden. Dass das möglich war, ist auch der Kooperationsbereitschaft der Kommissaranwärter zu verdanken, die sich auch auf Alternativvorschläge eingelassen haben. Die GdP wünscht allen Kommissaranwärtern einen guten Start in ihrer neuen Behörde! ■



Der Landesfrauenvorstand der GdP hat am 16. August zu einem Frauensymposium nach Gladbeck eingeladen – dem ersten nach der erzwungenen Coronapause. Das Motto lautete: „Frauen in der GdP – Dialog und Austausch“. Zahlreiche Kolleginnen aus ganz NRW nahmen an der Fachtagung teil. Sie kamen aus unterschiedlichen Bereichen der Polizei, sowohl aus dem Beamten- als auch aus dem Tarifbereich. Das Programm der Fachtagung war vielfäl-



tig. Im Vordergrund standen der Austausch und die Vernetzung der Kolleginnen untereinander. Der Landesfrauenvorstand stellte sich und seine politischen Themen vor und warb gleichzeitig für eine stärkere Beteiligung der Kolleginnen an der gewerkschaftlichen Arbeit. Auch im Hinblick auf die kommende Tarifrunde (Herbst 2023) und die Personalratswahlen im nächsten Jahr.

Aktuell hat die GdP 46 050 Mitglieder, davon sind 14 251 Frauen. Leider spiegelt sich der deutlich gestiegene Frauenanteil noch nicht in der gewerkschaftlichen Beteiligung wider. Die Gremien sind nach wie vor männerdominiert. Auch in den Bezirksgruppen gibt es noch zu wenig Frauengruppen. Das will der Landesfrauenvorstand ändern: „Je mehr Frauen sich in der GdP engagieren, desto stärker ist unsere Stimme“, so Kirsten Böhm-Salewski, Vorsitzende des Landesfrauenvorstands. Um mehr Frauen zu

motivieren, wurde unter anderem der Kommunikationsberater Wolfgang Nafroth eingeladen, der Impulse und Ideen für mehr Frauenbeteiligung gab. Für ein Update zu frauenpolitischen Themen war Markus Robert, Vorsitzender des Hauptpersonalrats, vor Ort und ging mit Michaela Willig vom Landesfrauenausschuss in den Diskurs. Abgerundet wurde das Frauensymposium durch verschiedene thematische Workshops, in denen die Kolleginnen in einen intensiven Austausch miteinander traten. Ziel war es, die eine oder andere Kollegin für eine Unterstützung der GdP zu gewinnen. Die Fachtagung war ein voller Erfolg.

Das Frauensymposium der GdP war ein wichtiger Schritt, um die Herausforderungen für Frauen in der Polizei zu diskutieren und Lösungsvorschläge zu entwickeln. Die Teilnehmerinnen waren sich einig, dass es wichtig ist, sich regelmäßig zu vernetzen und auszutauschen. Die GdP plant deshalb schon eine Folgeveranstaltung für das kommende Jahr. Sie haben viele neue Impulse und Ideen mitgenommen. ■

DP – Deutsche Polizei

Nordrhein-Westfalen
ISSN 0170-6462

Geschäftsstelle

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

Redaktion

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Holger Dumke
Imseil Bakir
Uschi Barrenberg
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 5. September.

Jetzt schon an den Herbst-/Winterurlaub denken.

Rufen Sie in Ihrem GdP-Reisebüro an,
wir freuen uns auf Sie.

*Unser Team
braucht Unterstützung.
Wir suchen eine
Touristikfachkraft (m/w/d)
für unser Büro in Düsseldorf.*



GdP Reiseservice
Telefon 0211 - 291 01 60
www.gdp.reisen



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im September erhalten einen OSG-Gutschein im Wert 35 Euro.

45 57970, Bergisches Land
45 34437, Wesel
45 12600, LZPD NRW

Check-Karten reloaded

„Wie verhalte ich mich bei einem Disziplinarverfahren richtig?“, „Was mache ich, wenn mich die Behörde in Regress nehmen will?“ oder „Wenn ich im Dienst verletzt werde, wie funktioniert das mit dem Schadensersatz?“. Antworten auf diese Fragen geben unsere Rechtsschutz-Check-Karten. Das sind praktische, kleine

Ersthelfer, die erste Tipps geben und natürlich auf die jeweilige GdP-Kreisgruppe verweisen.

Aufgrund der großen Nachfrage haben wir die Karten zu den Themen „Disziplinarverfahren“, „Regress“ und „Im Dienst verletzt“ neu aufgelegt. Die Check-Karten geben auf der einen Seite praktische Tipps zum jeweiligen Thema. Auf der Rückseite finden sich die Kontaktdaten zur GdP vor Ort sowie Hinweise auf Hilfestellungen und Ansprechpartner. Bei einem Disziplinarverfahren ist es zum Beispiel wichtig, dass du dich nicht mehr zur Sache äußerst und dich schnell an deine Kreisgruppe wendest, damit die GdP-Vertreter dich vertreten und dir helfen können. Im Falle einer Beschwerde bist du als GdP-Mitglied gut geschützt. Da der Personalrat nur auf Antrag mitbestimmt, solltest du in jedem Fall die Beteiligung vor Ort beantragen. Ist der Schaden tatsächlich grob fahrlässig verursacht worden, reguliert das unser GdP-Versicherungspartner. Leider kommen immer noch viel zu viele Kolleginnen und Kollegen bei Widerständen zu Schaden. Gut zu wissen, dass die GdP dann von der ersten Beratung bis zur Durchsetzung von Schmerzensgeldansprüchen hilft. Alle Infos findet ihr auf den Check-Karten, den praktischen Hilfen zum Mitnehmen. Holt sie euch bei euren Kreisgruppen – als Karte und natürlich auch digital. ■



Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

20.09., Herbstwanderung in Venwegen mit anschließender Einkehr, 11 Uhr, Treffpunkt Parkplatz Hotel-Restaurant „Birkenhof“, Mulartshütter Str. 20, 52224 Stolberg-Venwegen. Anmeldung nicht erforderlich.

GdP aktiv

02.09., Beachvolleyball-Turnier der Kreisgruppe Siegen-Wittgenstein, 13 Uhr, Beachplatz am Siegerner Giersberg, Am Sender, 57072 Siegen. Anmeldungen bitte an info@gdp-siegen-wittgenstein.de.

21.09., Jubilarehrung der Kreisgruppe Dortmund, 16 Uhr, Restaurant der Kleingartenanlage „Im Justenkamp“, Nortkirchenstr. 22, 44263 Dortmund.

22.09., Remmidemmi-Party – Vol. 4 der Kreisgruppe Hamm, ab 19 Uhr, Schützenheim Berge, Langewanneweg 233, 59069 Hamm.

Anzeige

Marianne Funke
GmbH & Co. KG

May-Eyth-Straße 47
46149 Oberhausen
Tel. 02 08/74 04 99 39
Fax 02 08/59 88 68